

Karl-Siegbert Rehberg

Ressentiment-»Politik«

PEGIDA zwischen Provinzaufstand und Krisenwelten¹

I. Klagen und Selbstanklagen nach Brexit und Trump

Seit den 1990er Jahren bekamen rechtspopulistische Bewegungen durch aggressiv-vereinfachende Bilder einer fundamentalen Bedrohung der eigenen Lebenswelten Auftrieb in vielen Ländern Europas. Dadurch wurden für lange Zeit latent geliebene Ängste und Vorurteile sicht- und hörbar, vor allem wurden sie mit einem Aktionspotential verbunden.² Längst zuvor schon waren die nun ins öffentliche Bewusstsein gehobenen Abwertungs- und Abwehrhaltungen gegenüber den politischen Entscheidungsprozeduren und transnationalen Bindungen in größeren Teilen der Bevölkerung durch Umfragen erhoben worden. Dabei soll nicht ausgeblendet werden, dass viele der demoskopischen Kategorisierungen (z. B. »rassistisch«, »islamophob«, »fremdenfeindlich«, »frauenfeindlich«, »homophob« etc.) durchaus mobilisierbar, zugleich aber auch wissenschaftliche Artefakte sind, also verknäppte Zusammenfassungen von unterschiedlichen quantifizierbaren Antwortreaktionen. Gleichwohl ist der erkennbare Rechtsruck in vielen der hochindustrialisierten Länder unübersehbar, in Italien schon in den 1990er Jahren seit der Regierungsbeteiligung der Lega Nord und der Wahl Silvio Berlusconi zum Ministerpräsidenten sowie in Frankreich seit dem größten Erfolg des Front National, als dessen Gründer, Jean-Marie Le Pen, 2002 in die Stichwahl um die französische Präsidentschaft kam. Zuerst konnte man das noch als nationale, zum

- 1 Für die Unterstützung beim Verfassen dieses Textes danke ich Martin Siebert und Stefan Wagner. Verwiesen sei auf zwei weitere, einzelne Aspekte weiter ausführende Arbeiten des Autors: 1. »Dresden-Szenen. Eine einleitende Situationsbeschreibung« in: Karl-Siegbert Rehberg / Franziska Kunz / Tino Schlinzig (Hg.): *PEGIDA. Rechtspopulismus zwischen Fremdenangst und »Wende«-Enttäuschung? Analysen im Überblick*, Bielefeld 2016; 2. »PEGIDA-Erfolge als Spiegelung eines Gesellschaftszusammenbruchs?« in: Joachim Klose / Walter Schmitz (Hg.): *Freiheit, Angst und Provokation. Zum gesellschaftlichen Zusammenhalt in der postdiktatorischen Gesellschaft*, Dresden 2017.
- 2 Vgl. z. B. »Europa der Intoleranten« in: Spiegel online v. 11.3.2011, sowie Andreas Zick / Beate Küpper / Andreas Hövermann, *Die Abwertung der Anderen. Eine europäische Zustandsbeschreibung zu Intoleranz, Vorurteilen und Diskriminierung*, Studie der Friedrich Ebert Stiftung, Bonn 2011. Insgesamt liefern die unter der Leitung von Wilhelm Heitmeyer entstandenen Langzeitstudien über »Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit« aufschlussreiche Hinweise, auch wenn man das Desintegrationsparadigma ausdifferenzieren müsste; vgl. Wilhelm Heitmeyer, »Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Die theoretische Konzeption und empirische Ergebnisse aus 2002, 2003 und 2004«, in: ders. (Hg.), *Deutsche Zustände, Folge 3*, Frankfurt a.M. 2005.

Teil regionale Besonderheit – etwa den Erfolg des italienischen ›Mini-Trump‹ als bloße Variante einer volkstümlichen Staatsfeindschaft – ansehen. Inzwischen jedoch zwangen der Brexit-Schock³ und mehr noch die Wahl des sich als Anti-Politiker stilisierenden und in seiner Amtsführung erweisenden Donald Trump die ›demokratischen Kräfte‹ zu einer Reflexion, die aus der hellen Aufregung heraus und nicht selten übereifrig zur Selbstanklage links-liberaler, die demokratischen Verfassungsprinzipien verteidigender Akteure und Gruppen wurde.

Nicht zuletzt erinnerte (von Manipulationen nicht frei) die erschreckt wahrgenommene »Volkes Stimme« auch an jene, formelhaft längst bis in die Lokalpresse verbreitete Einsicht, dass als Ergebnis der neoliberalen Expansion nach Innen in vielen Gesellschaften eine zunehmende soziale Polarisierung stattgefunden hat, jenes viel zitierte »Auseinandergehen der Schere«. Umstritten ist zwar, ob die »Armen immer ärmer«, unbestritten jedoch, dass die »Reichen immer reicher« werden.⁴ Arlie Russell Hochschilds (Berkeley) besuchte South Louisiana und schrieb mit »Strangers in Their Own Land« (vgl. Volker Braun: »Ich bin noch hier, mein Land ging in den Westen«) das »Psychogramm einer versinkenden Welt«, in der die Jobs alternativlos an die petrochemische Industrie gebunden sind, die zugleich die Umwelt rücksichtslos zerstört (das macht »mit Zähneknirschen« Trump zum Sieger, während Viele dem »sozialistischen« Demokraten Bernie Sanders gar nicht so fern standen und lange den Evangelikalen Ted Cruz hatten wählen wollen).⁵

In alldem zeigen sich auch Transformationen des Politischen, besonders mit Blick auf die transnationale Struktur der Europäischen Union, aber auch als Reaktion auf eine globalisierte und vom »Globalismus«⁶ beherrschte Welt. Paradoxerweise wurden Bewegungen, welche der europäischen Einigung skeptisch gegenüberstehen oder sie zerstören wollen, gerade durch diese Zielsetzung international wirksam. Wir haben uns daran gewöhnt, nicht selten aggressiv gegen die EU polemisierende Vertreter verschiedener rechtspopulistischer Parteien gerade in deren Parlament (wenn auch noch als relativ zerstreute Minderheit) agitieren und wirken zu sehen.

- 3 Peter Strohschneider, »Binnenspannungen und Zentrifugalkräfte in Europa. Anmerkungen zu Gesellschaft, Staat und Wissenschaft im Zeichen von Brexit, Technokratie und Populismus« [Rede des Präsidenten der Deutschen Forschungsgemeinschaft auf deren Jahresversammlung am 5.7.2016 in Mainz], Videoaufzeichnung in: *DFG bewegt. Mediathek der Deutschen Forschungsgemeinschaft* [5.7.2016] sowie in: *Forschung und Lehre* 23 (2016) 9, S. 763–765.
- 4 Das kann selbst der löblicherweise von der rot-grünen Koalition beschlossene und dem Bundestag regelmäßig vorzulegende »Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung« nicht ganz leugnen, obwohl darin inzwischen der Begriff »Armut« durch »Armutsrisiko« ersetzt wurde und »Reichtum« mehr verdeckt als benannt wird; vgl. dazu Karl-Siegbert Rehberg: »Klassengesellschaftlichkeit« nach dem Ende der Klassengesellschaft?« in: *Berliner Journal für Soziologie* 21 (2011), S. 7–21, bes. 15.
- 5 Vgl. Michael Hochgeschwender: Verraten und verkauft« in: *FAZ* vom 20.01.2017.
- 6 Vgl. Ulrich Beck's Unterscheidung von »Globalität« als realer Vernetzung der Welt, »Globalisierung« als Beschleunigung der weltweiten Vernetzungen und schließlich »Globalismus« für die neoliberale Ideologie der Dominanz des Marktes und der ihm fälschlich zugeschriebenen autonomen Ordnungsmacht in: ders., *Was ist Globalisierung? Irrtümer des Globalismus*, Frankfurt a. M. 1997, bes. S. 29–32.

In allen internationalen Bewegungen – etwa auch der Studentenrevolte der 1968er Jahre, dem Auftreten der ATTAC-Aktivistinnen und -Aktivisten oder der Occupy-Bewegung – entwickelten sich Formen des Protestes, die über einzelne Staaten und Gesellschaften weit hinaus wirksam wurden. Aber jede ihrer Zielsetzungen war immer auch getragen von innergesellschaftlichen Antriebsmomenten. So sind nationale und regionale Motivierungen im Kontext größerer Entwicklungen zu sehen und diese zugleich wiederum auf ihre jeweiligen regionalen Verankerungen hin zu betrachten. Das gilt auch für rechtspopulistische Demonstrationen und Parteibildungen, wie sie seit den 1990er Jahren in Europa an Resonanz gewonnen haben. Augenblicklich jedoch erweist sich die Angst vor Flüchtlings- und Migrationsströmen im 21. Jahrhundert als verbindendes und zugleich doch spaltendes Schreckensszenario.

Unübersehbar sind einige Charakteristika der rechtspopulistischen Auftritte, die an Friedrich Nietzsches (der es wohl wissen musste) »Psychologie des Ressentiments« erinnern. Dessen klarsichtig-boshafte Beschreibungen einer »Vergiftung an Leib und Seele« durch eine unterdrückte und deshalb »imaginäre Rache« zeigte den Zusammenhang von Verbitterung und latenter Gewaltsamkeit.⁷ Auch in der bald schon widerlegten These von einem, dem Zusammenbruch der sowjetischen Hegemonie und der zweigeteilten Welt folgenden »Ende der Geschichte« hatte Francis Fukuyama die ambivalenten Folgen einer Sehnsucht nach Anerkennung im Falle ihrer Verweigerung als »Aufstieg und Fall von Thymos« beschrieben.⁸ Peter Sloterdijk leitete daraus in breiter Auswälzung dieses Themas unterschiedliche Trägergruppen einer Zornbereitschaft ab, nämlich einerseits die »verlorenen Verlierer« der Abgehängten, an denen die »vormaligen Revolutionäre, Reformer, Weltveränderer und Klassenerlöser« inzwischen jedes Interesse verloren hätten und andererseits die Verlorenheit und Irrelevanz der »Überflüssigen«.⁹ Das führe zu einem weit verbreiteten »Zorn« (vielleicht nur zu bloßer Wut), der »nicht zur Einsicht [führt], und [den] die Einsicht nicht findet«, weil die »Empörung [...] keine Weltidee mehr vorzuweisen« habe.¹⁰

Zorn mag noch auf Handlungsmotiven und Argumenten beruhen, mag aus der Lethargie des passiven Hinnehmens befreien, während die Wut als bloße Entladung ange-

7 Vgl. Friedrich Nietzsche, »Zur Genealogie der Moral. Eine Streitschrift« [zuerst 1887] in: ders., *Sämtliche Werke. Kritische Studienausgabe*, Bd. 5, hg. v. Giorgio Colli / Mazzino Montinari, München/Berlin-New York 1980, S. 245–412, hier: 270 sowie Max Scheler, »Das Ressentiment im Aufbau der Moralen« in: ders., *Abhandlungen und Aufsätze*, Bd. 1, Leipzig 1915, S. 39–274.

8 Vgl. Francis Fukuyama, *Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir?* München 1992, bes. S. 307–320.

9 Vgl. zu den »Überflüssigen«: Friedrich Engels, »Notwendige und überflüssige Gesellschaftsklassen« [zuerst 1881] in: Karl Marx / Friedrich Engels, *Werke* [MEW], hg. v. Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Bd. 19, S. 287–290, Berlin (DDR) 1973 und Heinz Bude, *Die Ausgeschlossenen. Das Ende vom Traum einer gerechten Gesellschaft*, München 2008.

10 Peter Sloterdijk, *Zorn und Zeit. Politisch-psychologischer Versuch*, Frankfurt a. M. 2006, S. 283; diese Überlegungen knüpfen an Fukuyama: Ende der Geschichte aaO. (FN 8) an.

stauer Unzufriedenheiten erscheint.¹¹ So kam es 2010 zum spöttischen Begriff der »Wutbürger«, welche ihrerseits mit verächtlichem Gestus von »Gutmenschen« als jenen zu sprechen belieben, welche in übertriebener Weise altruistischen Motive folgten, dabei jedoch auch jene angreifend, welche *political correctness* einfordern (und tatsächlich werden mit dieser zivilisierenden Reflexivität allzu oft tabuisierende Wortvermeidungen mit der Erledigung des Problems verwechselt). Jedenfalls handelt es sich um gegenseitig erklärte Feindsetzungen. Aber man sollte doch unterscheiden zwischen scharfer Kritik an gegnerischen Positionen auf der einen und einer alle Maßstäbe einer Diskursethik einreißenden Emotionalität, wie sie sich in den rechtsgerichteten Ausdrucksformen von Angst und Hass manifestiert, auf der anderen Seite.¹²

In welcher Weise negativ-aufgeheizte Gefühlslagen miterzeugt werden durch Faktenverachtung und unhaltbare Vereinfachungen, wurde seit der Wahl von Trump erschreckt bemerkt und weltweit diskutiert. Übertreibungsformeln und Bedrohungsszenarien, welche »unhaltbare Zustände« (gerade in den »reichen Gesellschaften«) behaupten, produzieren unterschiedliche Formen einer Anti-Politik, wie sie durch viele, gegen jeweilige Establishment-Gruppen gerichtete Wahlen in den letzten zwanzig Jahren zunehmend bestimmend waren. Ganz anders klang das, als Ulrich Beck im Gleichklang mit Anthony Giddens und im Zusammenhang mit der Entstehung sozialer Bewegungen nach »1968« noch optimistisch von einer Epoche der »reflexiven Moderne« und einer durch die Prozesse der Individualisierung und Globalisierung von Risiken entstehenden, die etablierten Machtpositionen produktiv unterlaufenden »Subpolitik« sprach. Er erhoffte sich eine Rückkehr der Individuen in die Gesellschaft, durch welche das Monopol der politischen Institutionen und Akteure relativiert werden könne.¹³ Heute ist das nicht mehr unbesehen als eine ergänzende Politik der Demokratisierung von unten zu verstehen, sondern längst als radikale Infragestellung der gerne als »politische Klasse« verächtlich gemachten Akteure des parlamentarischen Systems.

Wenn das eine Charakterisierung anti- oder wie man heute modisch gerne sagt: »post-politischer« (und noch neuer: »post-faktischer«) Gefühlslagen ist, so wäre daran zu erinnern, dass die zugespitzte Negation des Andersdenkenden wie auch »des Fremden« sehr wohl eine bedenkliche Tradition hat, zurückgehend auf Carl Schmitts Bestimmung »des Politischen« durch die Unterscheidung von »Freund und Feind« (wobei der erstere Typus unbehandelt blieb). Definitionsmerkmal ist dabei eine bis zur Ausmerzung gehen könnende Beziehungs-Intensität, deren Anfang schon in der Stigmatisierung des als bedrohlich Erscheinenden liegen mag. Alle totalitären und autoritä-

- 11 Der politische TV-Kabarettist Hagen Rether nährte beide Gefühlszustände spöttisch einander an: Zorn sei nur »Wut mit Abitur«. Zit. in: Wieland Schwanebeck, »Der Humanismus siegt und siecht« [Rezension des Theaterstücks »Requien für Europa« von Oliver Frljić am Staatsschauspiel Dresden 2016], in *Dresdner Neueste Nachrichten* v. 7.11.2016.
- 12 Allerdings sind auch manche linken Gruppierungen auf der Gegenseite um rabiate und grob vereinfachende Formen nicht verlegen; vgl. zu diesem noch nicht gut erforschten Demonstrantinnen und Demonstranten: Stine Marg / Katharina Trittel / Christopher Schmitz / Julia Kopp / Franz Walter, *NoPegida. Die helle Seite der Zivilgesellschaft?* Bielefeld 2016.
- 13 Vgl. Ulrich Beck, *Die Erfindung des Politischen. Zu einer Theorie reflexiver Modernisierung*, Frankfurt a.M. 1993, bes. S. 154–203 (Kap V).

ren Systeme beruhen auf dieser (Fehl-)Auffassung des Politischen, und es ist keineswegs eine sentimentale oder substanzlos-idealisierte Antwort darauf, wenn Hannah Arendt mit Anleihen bei einer aristotelischen Wertontologie »Politik« strikt von aller Okkupation der Macht unterscheidet: Sie sei auf spezifisch politische Formen des Zusammenseins derjenigen gegründet, die sich untereinander besprechen, um dann in Übereinstimmung miteinander handeln zu können.¹⁴ Der Mensch als *zoon politikon* ist möglich nur durch Sprache und diese schließt – wie in Jürgen Habermas' Diskursethik – das Zuhören und das Zulassen der Gegenrede notwendig ein.

Dieser demokratische Diskussions- und Aushandlungsprozess findet in den parlamentarischen Systemen trotz aller auch dort beobachtbaren Aufgeregtheit oder des nicht selten fraktionsbestimmten Nicht-Hinhörens auf andere Meinungen doch in vergleichsweise hohem Maße statt. Auch sind die für eine solche Form diskursiv begründeter Politik notwendigen Kompromissfindungen in parlamentarischen Demokratien in der Mehrheit eindrucksvoll sachbezogen. Aber es gibt gerade aus dieser Versachlichung heraus auch neue Gefährdungen des offenen diskursiven Prinzips, nämlich durch eine Herrschaft der »Sachzwänge«. Es war Arnold Gehlen, der das mit deutlicher Verächtlichkeit für den Politikalltag der machtlosen Bundesrepublik formuliert hat¹⁵, und sein Schüler Helmut Schelsky sah in den 1960er Jahren die daraus sich ergebende Unabwendbarkeit eines »technischen Staates« als zentraler Organisation von Expertenentscheidungen, durch welche (also keineswegs durch Revolution) sogar die Herrschaft von Menschen über Menschen aufgehoben werde. Dabei sah er durchaus, dass diese expertokratischen und »technischen« Entscheidungsfindungen »ohne antidemokratisch zu sein, der Demokratie ihre Substanz« doch entziehen könnten und das »Volk im Sinne des Ursprungs der politischen Herrschaftsgewalt« durchaus »zu einem Objekt der Staatstechniken« werden könne. Somit sei auch die Gefahr einer »Entpolitisierung« und »Entdemokratisierung« längst aktuell¹⁶ (wobei Schelsky noch nicht an die grenzenlose Produktion vollständig faktenfreier »Information« dachte, sondern nur an die Zunahme von Erfahrungen aus »zweiter Hand«¹⁷ und eine durchdringende

14 Vgl. Hannah Arendt, *Vita activa oder Vom tätigen Leben* [engl. zuerst 1958], München/Zürich 1960, S. 148.

15 Vgl. Arnold Gehlen, »Die gesellschaftliche Situation in unserer Zeit« [zuerst 1961], in: ders., *Gesamtausgabe*, Bd. 6: *Die Seele im technischen Zeitalter und andere sozialpsychologische, soziologische und kulturanalytische Schriften*, hg. v. Karl-Siegbert Rehberg, Frankfurt a.M. 2004, S. 443–450, hier: 438; Arnold Gehlen, »Industrielle Gesellschaft und Staat« [zuerst 1956] in: ders., *Gesamtausgabe*. Bd. 7: *Einblicke*, hg. v. Karl-Siegbert Rehberg, Frankfurt a.M. 1978, S. 110–124, hier: 118; Arnold Gehlen, »Die Chancen der Intellektuellen in der Industriegesellschaft« [zuerst 1970] in: ebd., S. 267–278, hier: 271.

16 Vgl. Helmut Schelsky, »Der Mensch in der wissenschaftlichen Zivilisation« [zuerst 1961] in: ders., *Auf der Suche nach Wirklichkeit. Gesammelte Aufsätze, Düsseldorf/Köln 1965*, S. 439–480.

17 Vgl. Arnold Gehlen, »Die Seele im technischen Zeitalter. Sozialpsychologische Probleme in der industriellen Gesellschaft« [zuerst 1949/1957] in: ders., *Gesamtausgabe*, Bd. 6: *Die Seele im technischen Zeitalter und andere sozialpsychologische, soziologische und kulturanalytische Schriften*, hg. v. Karl-Siegbert Rehberg, Frankfurt a.M. 2004, S. 1–137, bes. S. 51–56.

»Überinformation«).¹⁸ Es war also diese Beschreibung durchaus mit der Wahrnehmung von Ambivalenzen verbunden, wenngleich die Entwicklung zu administrativ-technischen Entscheidungen als schicksalhaft angesehen wurde. In den 1970er Jahren galt dieser »technokratische Konservatismus« als ausgesprochen reaktionär¹⁹, während man heute weit über die »Alternativlosigkeits«-Bekundungen der Bundeskanzlerin hinaus in jeder Partei die Bestärkung dieses Prinzips findet. Jedenfalls wurde Angela Merkel als sozusagen unpolitische »Notarin« von allen geliebt, bis sie sich mit dem angesichts der Zahlen von Asylsuchenden mutigen, allerdings ebenfalls unbestimmt bleibenden Satz vom 31. August 2015 (»Deutschland ist ein starkes Land [...] Wir haben so vieles geschafft – wir schaffen das!«) erstmals angreifbar machte – sie kündigte eben eine wirklich politische Entscheidung an.

Mögen es früher konservativer Elitismus oder die totalitären Massenbewegungen gewesen sein, durch welche die demokratischen Partizipationsmöglichkeiten bedroht, manipulativ verbogen oder vernichtet wurden, so sind es heute – und das erinnert durchaus an Max Webers Reden von dem »Gehäuse jener Hörigkeit der Zukunft [...], in welche vielleicht dereinst Menschen sich, wie die Fellachen im altägyptischen Staat, ohnmächtig zu fügen gezwungen sein werden«²⁰ – die bürokratischen Sacherledigungsapparaturen und an Bevölkerungen nicht zurückgekoppelten politischen Leistungssysteme wie das der Europäischen Union, von denen das befürchtet wird.²¹

Dagegen haben aggressive, die Problemlagen simplifizierende Gegenreaktionen als Aufschrei derer, deren Lebenslagen und Situationsdeutungen oft genug ignoriert werden, bereits zu einer erkennbaren Transformation der politischen Kultur beigetragen. Auf der einen Seite konnten demonstrierte Inkompetenz und Sachferne Erfolge feiern, vermochte die Bereitwilligkeit des Glaubens an *fake news* bei gleichzeitiger Verächtlichmachung des seriösen Journalismus als »Lügenpresse« Volksentscheide und Wahlen zu beeinflussen. Zum anderen zeigt sich nach dem Entsetzen über den von kaum jemandem vorausgesehenen Wahlerfolg Donald Trumps die sehr schnelle Bereitschaft vieler Diskursmeister, das Debakel alleine den führenden Funktionsgruppen und repräsentativen Eliten zuzuschreiben, ja nun selbst schon die Insistenz, mit der man für Flüchtlinge, Andersdenkende und -lebende eintritt, für einen Motor der Exklusion der Benachteiligten in der eigenen Gesellschaft auszugeben.

18 Vgl. Schelsky, Mensch aaO. (FN 16), S. 459f.

19 Vgl. Reinhard Kühnl (Hg.), *Der bürgerliche Staat der Gegenwart. Formen bürgerlicher Herrschaft II*, Reinbek 1972 sowie Kurt Lenk, *Deutscher Konservatismus*, Frankfurt 1989. .

20 Vgl. Max Weber, »Parlament und Regierung im neugeordneten Deutschland. Zur politischen Kritik des Beamtentums und Parteiwesens« [zuerst 1918] in: ders., *Gesamtausgabe* Bd. 15: *Zur Politik im Weltkrieg. Schriften und Reden 1914–1918*, hg. v. Wolfgang J. Mommsen, Tübingen 1984, S. 432–596, hier: 464.

21 Vgl. dazu auch Michael Th. Greven / Louis W. Pauly (Hg.), *Democracy beyond the State? The European Dilemma and the Emerging Global Order*, Lanham, Maryland 2000.

II. PEGIDA als Provinzaufstand: Skizzen eines Erscheinens (und noch nicht Verschwindens)

1. Zur Genese einer Protestwelle

Wahrlich bedrohliche weltpolitische Ereignisse und Krisenzuspitzungen wurden durch PEGIDA in die scheinbar beschauliche Provinz gespült und somit auch nach Dresden, das in der Gewissheit seiner »Schönheit« eine Stadt ist, die ›kein Außen braucht‹. Die gerade hier sprunghaft zunehmende und zeitweise relativ stabile Form des Protestes der PEGIDA-»Spaziergänger« wurde oft als bloß regional-lokales Ereignis gedeutet, d.h. als ostdeutsche oder vielleicht nur sächsische, jedenfalls immer mit Dresden verbundene Pathologie, als unbegreifliche Explosion der Ablehnung der bundesrepublikanisch-parlamentarischen Ordnung, die erst vor einem Vierteljahrhundert auf der Grundlage des von der frei gewählten Volkskammer (wohl nicht ohne Außendruck) beschlossenen Beitritts der DDR »zum Geltungsbereich des Grundgesetzes« eingeführt worden war. Von vielen lange schon ersehnt, wurde die alt-neue Staatsform mit großen Hoffnungen begrüßt, aber je nach der eigenen politischen Position als Grundlage für die Sicherung der neu gewonnen Freiheiten oder bloß als pragmatisch übernommene oder im Gegenteil als oktroyiert und zugemutet empfundene Ordnung. Die zur Bewegung noch nicht gewordene, jedoch relativ ausstrahlende Zusammenballung von frustrierten, resignierten, teilweise aggressiven, jedenfalls Orientierung und eine gemeinschaftliche Stabilisierung oder Sinn suchenden Menschen muss in einen größeren Zusammenhang gestellt werden, um den Einfluss der »Wende«-Erfahrungen nach 1990 auf die latente oder aktive Unterstützung der »Spaziergänge«²² abschätzen zu können. Es mag sich darin zeigen, dass der Prozess der (Wieder-[-?])Vereinigung nicht umstandslos als Zusammenwachsen dessen, »was zusammen gehört« erlebt wurde²³, wie Willy Brandt die Euphorie des geschichtlichen Augenblicks gütig zusammengefasst hat, noch nicht ahnend, wie viele Gefühle der Nichtzusammengehörigkeit in Ost (und West!) noch entstehen sollten.

2. Eine »Bewegung« formiert sich

In der pazifizierte und hochintegrierte, gleichwohl von sozialstrukturellen Spaltungen nicht verschonten Bundesrepublik Deutschland scheint es zwar bei etwa einem Viertel der dort Lebenden unüberwindliche rassistische, dabei sozusagen als Modell ressentimentaler »Menschenfeindlichkeit« immer auch noch: antisemitische Vorurteile zu geben (vgl. dazu für Dresden auch den von Wilhelm Heitmeyer und seinem Team verfassten, im »Elbflorenz« eher geheim gehaltenen Bericht über Rechtsextremismus in

22 Italienisch: *girotondi*; das wurde 2002 in Rom der Name für nicht genehmigte Protesttreffen gegen die Regierung von Silvio Berlusconi.

23 Vgl. ein Interview mit Willy Brandt, gesendet im SFB-Mittagsecho (Hörfunk) am 10.11.1989 und Berliner Morgenpost v. 11.11.1989.

der Landeshauptstadt²⁴). Obwohl die Bejahung rechtspopulistischer Positionen in vielen europäischen Ländern zunehmen, erscheinen derartige Einstellungen nicht immer in gleichem Maße explizit an der Oberfläche, zumal rechtsradikale Parteien in der Bundesrepublik bei Wahlen bisher nur begrenzte oder temporäre Erfolge aufzuweisen hatten (wenngleich die NPD im Landesparlament von Mecklenburg-Vorpommern seit fast einem Jahrzehnt vertreten ist und nach zwei Legislaturperioden im Sächsischen Landtag 2014 nur um 800 Stimmen an der Fünf-Prozent-Hürde scheiterte).

Auch aus diesem Grunde wurde die Masse der unter dem zusammengebastelten (oder etwa durch die ähnlich lautenden Rechtfertigungsformeln des Osloer Massenmörders Anders Breivik angeregten?)²⁵ Label »Patrioten gegen die Islamisierung des Abendlandes« (PEGIDA)²⁶ in Dresden – und bald schon (jedoch außer in Leipzig nirgends in vergleichbarer Größe) an anderen Orten, so in Wien, Edinburgh und sogar in Sidney – an jedem Montag zusammenströmenden Menschen eine Überraschung, zur »Meldung«, ja führte zu einem Presse-Hype und war schnell und mit ganz anderen Rezeptionszahlen auch im Internet weltweit präsent. Dabei wurde in der medialen Verbreitung der Ereignisse zu selten unterschieden zwischen Dresden als Bühne und Dresden als Quelle der aggressiven Aufmärsche auf den schönsten Plätzen der Stadt. Obwohl Werner Patzelt in seiner neuesten Untersuchung die Zahl der in Dresden wohnenden Teilnehmer an den PEGIDA-Demonstrationen durchweg mit mehr als 50 % angibt (im Mai 2015 sogar mit 61 %). Dem stehe ich aufgrund meiner – auch mit Studierenden systematisch erarbeiteten – Beobachtungen skeptisch gegenüber und würde eher die Ergebnisse einer Mehrzahl anderer Analysen für wahrscheinlich halten, wonach die überwiegende Zahl der Teilnehmenden aus dem Umland in die Elbmetropole kommen²⁷ – vor allem aus dem Erzgebirge und der Lausitz.

Jedoch ist die städtische Szenerie als Bühne gut gewählt, denn mit vielen anderen Orten käme man nicht in die New York Times. Die stets umjubelte Begrüßungsformel »Guten Abend Dresden«, verwendet vor allem auch von Gastrednerinnen und -red-

24 Vgl. LandesPräventionsrat Sachsen (Hg.), *Rechtsextreme Strukturen, Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und bürgerliches Engagement gegen Rechtsextremismus in der Landeshauptstadt Dresden* [verfasst von Wilhelm Heitmeyer und weiteren Mitgliedern des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld], unv. Ms. 2010.

25 Vgl. z.B. Zitate aus dem Breivik-Manifest »2083 – A European Declaration of Independence«; Auszüge in: *Focus* v. 25.7.2011.

26 Es ist übrigens durchaus charakteristisch, dass ein weitgehend stolz-atheistisches Publikum ausgerechnet das christliche, seit der Reformation vor allem römisch-katholische und auf die deutsche Geschichte des 20. Jahrhunderts bezogen: vielleicht das Adenauer-Abendland mit seiner Süd- und Westorientierung verteidigen will; vgl. auch Richard Faber, *Abendland. Ein »politischer Kampfbegriff«*, Hildesheim 1979.

27 Vgl. Werner J. Patzelt / Joachim Klose, *PEGIDA. Warnsignal aus Dresden*, Dresden 2016, S. 157; Karl-Heinz Reuband, »Wer demonstriert in Dresden für Pegida? Ergebnisse empirischer Studien, methodische Grundlagen und offene Fragen« in: MIP 21 (2015), S. 133–143, hier: 136, wo er u.a. auch auf die Annahme Hans Vorländers verweist, der eine Teilnahme von 40 % in Dresden Wohnender veranschlagte, Dieter Rucht nur 44 % und Franz Walter sogar nur 38 %; vgl. auch Stefan Scharf / Clemens Pleul, *Im Netz ist jeden Tag Montag*, in: Rehberg/Kunz/Schlinzig, *PEGIDA* aaO. (FN 1), S. 82–98, hier: 90.

nern aus anderen Städten und seltener auch anderen Ländern, drückt fast immer auch eine Symbiose zwischen der – wie man hier gerne hört – schönen »Barockstadt« und deren Verteidigern vor aller Überfremdung »von unten« aus.

Dresden jedenfalls erlitt dadurch einen schweren Imageschaden. Als das noch junge »Aktionsbündnis« am 20. Oktober 2014 zur ersten Demonstration aufgerufen hatte, fanden sich nur 350 Personen ein, zwei Monate später waren es dann schon 15.000²⁸ und im Januar 2015 kam es zu der bisher größten Demonstration: Nach einer Zählung der Polizei (die überraschenderweise häufig überhöhte Zahlen meldete) waren es 25.000 Teilnehmende, während ein Forschungsteam »nur« 17.000 schätzte.²⁹ Spätestens von diesem Zeitpunkt an wurde das Phänomen der Dresdner »Spaziergänge« landes-, ja weltweit wahrgenommen.

Anfangs hatte es die in winterlich-geheimnisvolles Dunkel sich einhüllenden Protestmarschierer mit aggressiven Abwehrgesten gegen Pressevertreter und einer Verbindung von Schweigen und Schreien gegeben. Noch konnte man an einen »Spuk« glauben, unerklärbar, einen Schock auslösend, der vor allem Spitzenpolitiker dazu brachte, mit schnell verfertigten Verachtungformeln darauf zu reagieren. Sachlicher schon war der warnende Apell, den die Bundeskanzlerin Angela Merkel in ihrer Neujahrsansprache 2014 äußerte und der sie zum Hassobjekt bei jedem PEGIDA-Auftritt werden ließ: »Deshalb sage ich allen, die auf solche Demonstrationen gehen: Folgen Sie denen nicht, die dazu aufrufen! Denn zu oft sind Vorurteile, ist Kälte, ja, sogar Hass in deren Herzen!«

Schnell wurde auch klar, dass hier unterschiedlichste Formen des Unbehagens einen »Ausdruck« gesucht und gefunden hatten. Daraus formte sich ein unbestimmtes Gemeinschaftsgefühl für die Einen und damit korrespondierend ein Bedrohungsgefühl für die Anderen. Anfangs glaubte man, nur Neonazis vermuten zu dürfen, deren Aufmärsche am Gedenktag an die Zerstörung des Dresdner Stadtzentrums am 13. Februar 1945 bereits eingespielt schienen.³⁰ Später – als sich die bei PEGIDA Mitlaufenden im hellen Tageslicht zeigten – glaubten manche Beobachter, nur noch »ganz normale Bürger« zu sehen, also die angenommenen Repräsentanten jener »Mitte«, die alle Parteien politisch für sich zu reklamieren versuchen. Beides war jedoch falsch.

Und wenn man bei PEGIDA vor allem Mitlaufende aus der »Mitte der Gesellschaft« zu entdecken glaubte, so hätte das auch nichts Beruhigendes: Wie die Erfahrungen des 20. Jahrhunderts leidvoll gezeigt haben (und wie es sich auch im Aufstieg

28 Vgl. Lars Geiges / Stine Marg / Franz Walter, *PEGIDA. Die schmutzige Seite der Zivilgesellschaft?*, Bielefeld 2015, S. 11.

29 Vgl. Durchgezählt, »Statistik zu Pegida in Dresden« [seit 2014] in: <https://durchgezaehlt.org/PEGIDA-dresden-statistik/> [eingesehen am 22.12.2016]; Dieter Rucht, »Inwiefern und warum ist PEGIDA erfolgreich?« in: Rehberg/Kunz/Schlinzig, *PEGIDA* aaO. (FN 1); Roger Berger / Stephan Poppe / Mathias Schuh, »Everything Counts in Large Amounts«. Zur Problematik der Zählung von Demonstrationsteilnehmern, in: ebd., S. 113–131.

30 Vgl. Karl-Siegbert Rehberg / Matthias Neutzner, »The Dresden Frauenkirche as a Contested Symbol. The Architecture of Remembrance after War« in: Marie Louise Stig Sørensen / Dacia Viejo-Rose (Hg.), *War and Cultural Heritage. Biographies of Place*, Cambridge 2015, S. 98–127.

rechtspopulistischer Strömungen und Parteien in anderen Ländern heute wiederum bestätigt), ist gerade die ›Mitte‹ oftmals nicht nur verschärften Krisenerfahrungen ausgesetzt, sondern entwickelt aus der unbewältigten Spannung zwischen Aufstiegsambitionen und Abstiegsängsten eine besonders aggressive Bejahung ordnungsversprechender, oft also rechtskonservativer oder sogar faschistischer (in Deutschland, diesem Lande der Sozialpolitik eben: *national-sozialistischer*) Krisenszenarien und Heilsversprechen.³¹

An populistischen Bewegungen lässt sich zeigen, dass der ressentimental steigerbare Legitimationsentzug für die »Oberstehenden« eng verbunden sein kann mit einer aggressiven Abwehr befürchteter ›Eindringlinge von unten‹, also mit einer Stigmatisierung gerade jener Gruppen, deren Existenz noch bedrohter erscheint als man dies von der eigenen annimmt. So sind es in Krisenlagen gerade auch die sich von Zuwanderung bedroht Fühlenden, welche den politischen Akteuren vorwerfen, sie nicht genügend zu beschützen. Daraus kann ein dramatischer Legitimationsentzug für die politischen Eliten entstehen. Die Repräsentanten komplizierter politischer Aushandlungsprozesse werden als unfähig angesehen, während zugleich nicht selten eine Bewunderung für autokratische Figuren entwickelt wird, bei PEGIDA vor allem für den russischen ›Putinismus‹. In der Kritik an der parlamentarischen Demokratie verbirgt sich der Verdacht, die politische Debatte verdecke nur längst getroffene Entscheidungen. Nicht ganz vergessen sollten wir die unrühmliche ›Tradition‹ einer Verachtung der Volksvertretungen, wie sie seit Otto von Bismarck und Kaiser Wilhelm II. bis hin zu Carl Schmitt³²(bei diesem mit etwas eleganteren Formulierungen) und zu Hitler eingeübt wurde: Zumeist wurde dabei das Parlament diffamierend als »Schwatzbude« beschimpft. Und – wenn auch ohne diese simplifizierende, aber wirksame Verächtlichmachung – gab es ähnliche Kritiken in den Zeiten der Studentenrevolte durchaus auch auf der linken Seite.³³ Den sich betrogen Fühlenden erscheinen Politiker dann nicht mehr als Repräsentanten des »Souveräns«, eben des Volkes (hier eher als *ethnos* denn als *demos* gedacht), vielmehr als dessen »Angestellte«, die man nicht nur für »abgehoben«, sondern bei den Dresdner Spaziergängern – entgegen allen Tatsachen – vor allem für »faul« hält, weshalb man sie »auf Trab bringen« müsse.

- 31 Vgl. zur Zustimmungsbereitschaft für die NSDAP bei Handelsangestellten und großen Teilen des alten und neuen Mittelstandes: Theodor Geiger, *Die soziale Schichtung des deutschen Volkes. Soziographischer Versuch auf statistischer Grundlage*, Stuttgart 1932 sowie M. Rainer Lepsius, *Extremer Nationalismus. Strukturbedingungen vor der nationalsozialistischen Machtergreifung*, Stuttgart u.a. 1966.
- 32 Vgl. Carl Schmitt, *Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus*, München 1923.
- 33 Johannes Agnoli / Peter Brückner, *Die Transformation der Demokratie*, Frankfurt a.M. 1968; Ellen Kennedy, »Carl Schmitt und die ›Frankfurter Schule‹. Deutsche Liberalismuskritik im 20. Jahrhundert« in: *Geschichte und Gesellschaft* 12 (1986), H. 3, S. 380–419; Hartmuth Becker, *Die Parlamentarismuskritik bei Carl Schmitt und Jürgen Habermas*, Berlin 1994.

3. Ein ›Endspiel?‹

Im Jahre 2016 verbuchte die Alternative für Deutschland (AfD) über alle Erwartungen hinaus Erfolge bei den Wahlen in vier Bundesländern sowie in Berlin. Unmittelbar nach den drei Landtagswahlen am 13. März 2016 kündigte Lutz Bachmann als Schlüsselfigur von PEGIDA an, man müsse nun selbst eine Partei gründen, um diesen Neuparlamentariern »ein Stachel im Fleisch zu sein« und »auf die Finger zu schauen« (vgl. MOPO24 v. 14.3.2016). Dem sollte im Juni 2014 die Gründung der »Freiheitlichen Direktdemokratischen Volkspartei (FDDV)« dienen, welcher man – nicht nur des neuen Wortungetüms wegen – wenig Erfolgsaussichten einräumen kann, da ihre Basis eine medial zwar »globalisierte«, tatsächlich jedoch regionale und diffuse Protestmasse ist. Inzwischen, wie sich anlässlich des zweiten Jahrestages von PEGIDA am 16. Oktober 2016 zeigte, versucht man sich – auch dies ein Grund für den Herauswurf der einstigen Frontfrau Tatjana Festerling – bei der AfD anzubiedern. Der Misserfolg war offenbar, weder Frauke Petry noch andere Mitglieder der Führungsriege dieser Partei waren der Einladung nach Dresden gefolgt und keiner von diesen wäre wohl glücklich darüber gewesen, die eigene Organisation bloß als »politischen Arm« einer lokalen Demonstrationsgruppierung bezeichnet zu sehen, wie PEGIDA das in IRA-Diktion und im Überschwang der Selbstwahrnehmung tat.

Diesen größeren Demonstrationen gegenüber kommt schon seit Monaten zum Montagstreff in verbitterter Kontinuität nur noch der »harte Kern«, man könnte sagen: ein auch sozialer »Bodensatz« von PEGIDA-Begeisterten, zusammengehalten durch eine erstarrte Ritualisierung: Längst sind Rufe wie »Merkel muss weg«, »Volksverräter« oder »Widerstand« von konkreten Themen abgelöst und werden quasi automatisch zur Anheizung der Stimmung und nach der suggestiven Erkennungsmelodie zur Aufrechterhaltung eines Gemeinschaftsgefühls intoniert; man kommt vor allem, um sich selbst zu ermutigen.

Wie es in der AfD seit deren Ankunft in fünf Parlamenten an Streitigkeiten nicht fehlt, unterliegt auch PEGIDA dem Gesetz aller radikalen Bewegungen: Überdramatisiert werden die inneren Differenzen, Spaltungen sind an der Tagesordnung. So auch entledigte sich der Großsprecher Bachmann im Juni 2016 der rhetorisch überlegenen, sicher intelligenteren, jedoch keine verrohende Metapher scheuenden Tatjana Festerling (man denke nur an Äußerungen wie »Wenn die Mehrheit der Bürger noch klar bei Verstand wäre, dann würden sie zu Mistgabeln greifen und diese volksverratenden, volksverhetzenden Eliten aus den Parlamenten, aus den Gerichten, aus den Kirchen und aus den Pressehäusern prügeln«, was zu einer Anzeige des Deutschen Journalisten Verbandes wegen Volksverhetzung führte³⁴, oder an die Kennzeichnung der bundesdeutschen Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus als »überkompensierender Nazi-Obsession«, welche »uns die gleiche Scheiße, nur verkleidet im Mäntelchen der Gerechtigkeit und Toleranz, wieder eingebrockt« habe: »Die neuen Nazis tragen

34 Vgl. Tagesspiegel v. 15.1.2016.

die Farben des bunten Parteienkartells«. ³⁵ Schnell folgten nach dem Rausschmiss gegenseitige Beschuldigungen in den *unsozialen* Medien, zieht man sich wechselseitig der »Lüge« – ein Gebiet, auf dem PEGIDA ja ein Spezialistentum erlangt hat. ³⁶ Inzwischen hat das geschasste »Gesicht von PEGIDA« selbstverständlich wieder eine Gegengorganisation gegründet, diesmal unter dem Namen des internationalen Aktionstages: »Festung Europa«, und es wird berichtet, dass sie in Begleitung von »Ed« dem Holländer« im Kampfanzug irgendwo die Außengrenze der EU verteidigen, wenigstens Bildmotive für die Presse schaffen will. ³⁷ Derlei Auftritte und gegenseitige Beschuldigungen dürften auch hier »chronisch« bleiben.

III. Gesellschaftszusammenbruch und Transformationsprozess

1. »Wende«-Chancen und -Zumutungen

Es ist zu vermuten, dass die inzwischen selten noch 2.000 Teilnehmende ³⁸ überschreitenden Resonanz- und Verstärkungsgruppen der PEGIDA-Auftritte sich vor allem aus Menschen rekrutieren, die sich im Prozess der Wiedervereinigung bis heute als Verlierer fühlen und glauben, nun endlich eine Plattform gefunden zu haben, um ihr Schicksal zeigen und ihre Enttäuschungen artikulieren zu können. Hier findet man »gemeinschaftlich« Bestätigungen für ressentimentale Deutungen der Lage, werden vereinfachende Muster zum Verständnis komplizierter und ambivalenter Verhältnisse geboten. ³⁹

Topoi des »Wende«-Schocks waren »Beschleunigung« und »Gemeinschaftsverlust«. Das Erleben von Beschleunigung, welche Georg Simmel, etwa in seinem, bei der Dresdner Gehe-Stiftung gehaltenen Vortrag »Die Großstädte und das Geistesleben«, als herausragendes Merkmal der Moderne beschrieben hatte ⁴⁰, war seit 1990 unüber-

35 Tatjana Festerling, PEGIDA-Rede in Dresden am 12.5.2016 [Videodatei], http://www.tatjanafesterling.de/archiv_2016.05.php [22.12.2016].

36 Vgl. Tatjana Festerling, [Stellungnahme] »Bachmann lügt« in: Facebook am 16.6.2016 <https://www.facebook.com/tatjana.festerling/posts/1102882076444814> (22.12.2016).

37 Vgl. Sächsische Zeitung v. 30.6.2016.

38 Im Falle der Störungen des 2017 in Dresden begangenen »Tages der Einheit« waren es etwa 200, bei den aggressiven Protesten gegen die Errichtung einer vor der Dresdner Frauenkirche aus Bussen aufgetürmte Barrikade, die als künstlerisches »Monument« von Manaf Halbouni entworfen, an das Kriegsleid der Einwohner Aleppos gerade am Tage der Erinnerung an die Zerstörung Dresdens am 13. Februar 2017 gemahnen soll, kamen nur noch rund 100 Pegidisten, durchaus aber die Rede von Oberbürgermeister Dirk Hilbert niederschreiend und mit Tafeln bewaffnet, auf denen zu lesen war: »OB Hilberts Müll-Deponie täglich geöffnet« oder an den in Dresden lebenden und aus Syrien stammenden Bildhauer Halbouni gerichtet: »Manaf, Dein Platz für Frieden ist Syrien«; auch fehlte nicht die Formel aus Björn Höckes am 17. Januar 2017 in Dresden gehaltener Rede: »Mahnmal der Schande«!

39 Vgl. Karl-Siegbert Rehberg, »Ost/West« in: Stephan Lessenich / Frank Nullmeier (Hg.), *Deutschland – eine gesplattene Gesellschaft*, Frankfurt a.M./New York 2006, S. 209–233.

40 Vgl. Georg Simmel, »Die Großstädte und das Geistesleben« [zuerst 1903] in: ders., *Brücke und Tür. Essays des Philosophen zur Geschichte, Religion, Kunst und Gesellschaft*, hg. im Verein mit Margarethe Susman v. Michael Landmann, Stuttgart 1957, S. 227–242.

sehbar geworden: Überall die neuen Verkehrsströme in den breiten, aber bis dahin weitgehend leeren Straßen.⁴¹ Beide Phänomene, Gemeinschaftsverlust und Beschleunigungsschock, korrespondierten mit dem Erlebnis der Auflösung alter Bindungen. An deren Stelle traten vermehrt das nun geforderte, erfolgsorientiert-individualistische Konkurrenzhandeln, häufiger jedoch eine den eigenen Alltag verlangsamende Isoliertheit, vor allem die Vereinsamung durch Arbeitslosigkeit, ja sogar schon durch deren Wahrscheinlichkeit, obwohl man noch Arbeit hatte.

2. Doppelte Halbdistanz

Anders als viele Westdeutsche glaubten, war die DDR – trotz ihres chronischen Legitimationsdefizits – nicht ohne innere Unterstützung durch die Mehrheit ihrer Bürgerinnen und Bürger. Allerdings bildete sich bei den meisten eine ›Halbdistanz‹ zu ›ihrem‹ Staat heraus, weil er allzu viele Versprechen nicht einzuhalten vermochte und die Kritik daran durch eine autoritäre Politik zum Schweigen zu bringen versuchte. Auch gehörte es zu dem in den 1980er Jahren zunehmenden Kontrollverlust der Herrschenden, dass die innere Überwachung ständig intensiviert und Misstrauen zum Prinzip einer vermeintlichen Ordnungsrettung wurde (daher die Fixierung auf die Informellen Mitarbeiter der Staatssicherheit nach dem Ende der DDR). Autoritarismus und Zugeständnisse im Rahmen einer »Konsensdiktatur«⁴² mit Verhandlungen vor unbestimmter Drohkulisse unterminierten das Vertrauen in die staatlichen Instanzen, während die Handlungsspielräume ohne programmatische »Liberalisierung« gleichwohl größer wurden. Daraus folgte eine Gewohnheit des Rückzuges und einer inneren Abwehr den politischen Verhältnissen gegenüber. Dieser Distanz-Realismus und (wie in allen Gesellschaften weit verbreitet) Opportunismus wurden auf das neue, parlamentarische System sehr oft übertragen – *wenn auch aus anderen Gründen*. Mag sein, dass in den Stammländern der Reformation die lutherische »Zwei-Reiche-Lehre« – nach welcher man unter Aufrechterhaltung seiner inneren Integrität (damals mit Gottesfurcht verbunden) »dem Kaiser gibt, was des Kaisers ist« (Markus 12,13ff.) – auch im Lande des programmatischen Atheismus ihre Wirkung nicht verfehlt hat.⁴³

3. Kontinuitätssehnsüchte und politische Stabilität

Die skeptische Distanz gegenüber den im Transformationsprozess entstandenen Verhältnissen scheint Zwänge und Drucksituationen der Vergangenheit vergessen zu ma-

41 Vgl. Rehberg, Ost/West, aaO. (FN 39).

42 Vgl. Karl-Siegbert Rehberg, »Sichtbarkeit und Invisibilisierung der Macht durch die Künste. Die DDR->Konsensdiktatur« als Exemplum« in: Gert Melville (Hg.): *Das Sichtbare und das Unsichtbare der Macht. Institutionelle Prozesse in Antike, Mittelalter und Neuzeit*, Köln/Weimar/Wien 2005, S. 355–382.

43 Vgl. Albrecht Göschel, »Die Kunst der DDR als Dokument essentialistischer Identitätsbildung« in: Paul Kaiser / Karl-Siegbert Rehberg (Hg.), *Enge und Vielfalt. Auftragskunst und Kunstförderung in der DDR*, Hamburg 1990, S. 555–570, hier: 557.

chen. Darin zeigt sich ein psychischer Mechanismus: Durch erinnernde Bearbeitung (vor allem Harmonisierungen) wird die Authentizität der eigenen Biographie sichergestellt. Um das eigene Leben vor totaler Entwertung zu schützen, bedarf es sozusagen einer neuen historischen Selbstverständigung. Der Journalist Christoph Dieckmann schrieb dazu, dass es sich im Osten um Menschen handle, »die lieber posthum ihren schmutzigen Staat verklären, als dass sie ihr Leben wie Knüppelholz der Geschichte verfeuern«. ⁴⁴ Überall hört man nun, dass die Hausgemeinschaften nicht mehr funktionieren (an die »Besucherbücher« früherer Tage erinnert man sich aber nur noch ungerne). Selbst die »Traulichkeit« eingespielter Kontrollen kann als Verlust empfunden werden.

Allerdings schließt solche »Ostalgie« keinen wirklichen Wunsch nach der Rückkehr des Staatssozialismus ein, der seine Ansprüche – in resignativem Zynismus – am Ende ja auf die Selbstbeschreibung »real existierend« heruntergeschraubt hatte. Verglichen mit dem in Westdeutschland nach 1945 jahrzehntelang zu hörenden Geschwätz wie »Das hätte es bei Adolf [Hitler] nicht gegeben« oder der 1918 weit überlebenden Liedstrophe »Wir wollen unseren alten Kaiser Wilhelm wieder haben«, werden vergleichbare projektive Wünsche nach der Rückkehr des »Spitzbarts« oder von »Erich« so gut wie nie geäußert; bei den »gelernten DDR-Bürgern« handelt es sich um eine »Trotznostalgie«. ⁴⁵ Es ist eben eher eine Ernüchterung über die Zeit nach der »Wende«, ein Zusammenbruch euphorischer Erwartungen zu beobachten, als eine Sehnsucht nach dem alten Politsystem.

4. (Wieder-)Vereinigung und Elitenwandel als »Überlagerung«

Es waren besonders die – den Transformationsprozess vielfältig erleichternden – Formen einer »Überlagerung« ⁴⁶ durch die westdeutschen Institutionen und das Begleitpersonal in funktionsbedeutsamen Stellungen sowie auch neuer Eliten, welche die nach dem Zusammenbruch der DDR gerne genossenen Vorteile mit der Hypothek eines Unterlegenheitsgefühls verbunden haben. Ich finde den Begriff »Überlagerung« treffender als den einer »Kolonisierung« ⁴⁷, welche durch offene Gewalttätigkeit und ebensolche Ausbeutungsverhältnisse sowie durch eine fast vollständige Trennung der Lebenswelten gekennzeichnet ist.

In allen anderen, ehemals staatssozialistischen Ländern vollzog sich, was in Systemumbrüchen zumeist beobachtbar ist und auch für die Zeit nach der Niederlage Hit-

44 Christoph Dieckmann: *Die Zeit stand still, die Lebensubren liefen. Geschichten aus der deutschen Murkelei*, Berlin 1993, S. 130.

45 Lothar Fritze [zit.] in: *Der Spiegel* 27 v. 3.7.1995.

46 Diesen Begriff prägte der im 19. Jahrhundert in Graz lehrende polnische Soziologe Ludwig Gumpłowicz, um die Geburt von Herrschaft aus einer Überschichtung sesshafter Gruppen durch zumeist bewaffnete (Hirten-)Nomaden zu erklären: ders., *Ausgewählte Werke*, Bd. 1, hg. v. Franz Oppenheimer / Gottfried Salomon, Innsbruck 1905, S. 28.

47 Vgl. Wolfgang Dümcke / Fritz Vilmar (Hg.), *Kolonisierung der DDR. Kritische Analysen und Alternativen des Einigungsprozesses*, Münster 1995.

ler-Deutschlands galt: In solchen Situationen gibt es unhaltbar gewordene Repräsentanten der alten Ordnung und stellvertretende Sündenböcke. Im Ganzen jedoch erweist sich die Kontinuität des Personals als unvermeidlich (wie das für die westdeutsche Entwicklung nach 1945 für viele Mitglieder der NSDAP wie selbstverständlich galt, mit Einschränkungen und mit einem Tabu belegt auch für manche in der SBZ und DDR). Besatzungsregimes funktionieren also anders als dies im Falle der deutschen Wiedervereinigung zu beobachten war: Bei aller Bestimmungsvollmacht der Sieger werden die gesellschaftlichen Positionen (etwa in politischen Institutionen, Zeitungen, Wirtschaftsunternehmen, Kultureinrichtungen und Universitäten, in Verwaltungen und Schulen) nicht von diesen selbst besetzt. Anders im deutschen Vereinigungsprozess: Nach dem Ende des SED-Regimes gab es diese andere deutsche ›Zwillingsgesellschaft‹, durch welche die Rekrutierung von Menschen und Wissen, von Normen und Weltdeutungen aus dem westlichen Landesteil sofort möglich war.

1989 gab es zuerst die Hoffnung auf eine reformierte und demokratisierte DDR, dann bald darauf schon den Willen zum Beitritt zur Bundesrepublik Deutschland (teilweise beeinflusst durch die ersehnte Deutsche Mark – ohne dies gleich als »DM-Nationalismus« abtun zu müssen).⁴⁸ Aber bald schon wurde das zu einem Akt westlicher Annexion uminterpretiert: das wenigstens glaubten 53 % der Ostdeutschen schon im Oktober 1991 und bereits 1990 waren es 46 % gewesen. Interessant übrigens und langfristige Kränkungsgefühle erzeugend war es, dass nur 10 % der Ostdeutschen sich selbst als aktive Teilnehmer im Vereinigungsprozess sahen, während 35 % sich eher als »Beobachter« fühlten, 19,5 % als von diesem Prozess ausgeschlossen und 22,8 % sogar als dessen »Opfer«.⁴⁹ Derlei Wahrnehmungen bestätigten sich vor allem auch durch den weitgehenden Elitenwechsel, ohne dass damit die Gesamtheit der personalen Veränderungen hinreichend bezeichnet wäre.

Oft wird danach gefragt, warum all dies nach einem Vierteljahrhundert auch emotional noch so präsent ist. Nicht ohne Erstaunen muss man feststellen, dass die Zeit, die seit der deutschen Wiedervereinigung vergangen ist, nunmehr schon so lange andauert wie die Existenz der Weimarer Republik und des Nazi-Reiches zusammengekommen und mehr als halb so lang wie die deutsche Teilung. Und doch hat man den Eindruck, dass sich der Zusammenbruch der DDR, die Öffnung der Mauer, die Euphorie des Beginns und manche ›Entzauberung‹ erst vor kurzer Zeit ereignet hätten. Das gilt vielleicht generell für die erlebte Nähe von Bedrückendem. Und denkt man an die alte Bundesrepublik, so war es dort der wirtschaftliche Aufschwung seit Mitte der 1950er Jahre, der manches aus der Vergangenheit schneller vergessen ließ. Jemand hat einmal treffend gesagt, den Westdeutschen sei es schließlich so gut gegangen, dass sie sogar Demokraten werden konnten.

48 Jürgen Habermas, »Der DM-Nationalismus. Weshalb es richtig ist, die deutsche Einheit nach Artikel 146 zu vollziehen, also einen Volksentscheid über eine neue Verfassung anzustreben«, in: *Die Zeit* v. 30.3.1990.

49 Vgl. Jens Bisky, *Die deutsche Frage. Warum die Einheit unser Land gefährdet*, Berlin 2005, S. 118.

IV. Schlussfolgerungen über die PEGIDA-→Mitlaufenden

1. Rechtspopulismus und Krisenängste

Zwar ziehen heute die meisten ehemaligen DDR-Bürger eine positive Bilanz: 2014 waren 61 % der befragten Ostdeutschen der Meinung, dass die Wiedervereinigung als »Erfolgsgeschichte« zu werten sei, während das nur von 17 % verneint wurde; auch wurden der berufliche und wirtschaftliche Ausblick positiv gesehen.⁵⁰ Entsprechend fand Karl-Heinz Reuband in seinen Befragungen der Pegidisten keine zugespitzte Unzufriedenheit mit der eigenen wirtschaftlichen Lage oder überhaupt mit dem »Leben« und folgerte daraus, dass durch den Vereinigungsprozess erzeugte »Entfremdungen« für die Unterstützung der Rechtspopulisten kaum ausschlaggebend sein könnten.⁵¹

Das unterschätzt allerdings, dass viele sich unabhängig von der eigenen wirtschaftlichen Lage als ›Sinnverlierer‹⁵² fühlen. Auch differierten die Motive für eine Beteiligung an den »Spaziergängen« von den dort ausgegebenen Parolen. Alle Äußerungen von aktiven und ›mitlaufenden‹ Teilnehmern der Demonstrationen und sogar noch der »Sympathisanten« von PEGIDA signalisierten das, wenn diese sich einmal zu Wort meldeten. Kaum wurde ein Interesse an der als Mobilisierungsformel wirksamen Bekämpfung des Islam sichtbar. Wohl aber zeigte sich ein tiefsitzender Ärger über die Undurchsichtigkeit politischer Entscheidungen und mehr noch: über die vermutete Ignoranz der maßgeblichen politischen Akteure gegenüber jenen, welche »die Suppe auszulöffeln« haben.

Viele fühlen sich ihrer Werte und gewohnten Weltsicht, vor allem auch habitueller Eigenschaften beraubt, ohne dass dies immer mit einer verschlechterten materiellen Lage einhergehen müsste. Oft hört man Klagen über den Verlust utopischer Ziele zur Verbesserung der Welt oder über den bloßen »Materialismus« [!] der Gegenwart. Es gibt also genügend sich von den neuen Verhältnissen ausgeschlossen führende Menschen, die nach Foren der Artikulation ihrer Stimmungslagen suchen. Das ist der Grund dafür, dass auch heute nur noch 40 % meinen, dass sich mit der wirtschaftlich durchaus zufriedenstellenden Lage gleichermaßen auch ihre »Wende«-Hoffnungen erfüllt hätten, während 25 % dies verneinen und sich 23 % ausdrücklich als »Verlierer

50 Vgl. *Leben im Osten: Eine Sonderbeilage der ostdeutschen Tageszeitungen plus SUPERillu am 2. Oktober 2014* [hier in der Leipziger Volkszeitung], S. 19.

51 Karl-Heinz Reuband, »Wie sozial abweichend ist Pegida? Soziale Zusammensetzung der Pegida-Teilnehmer, politisches Selbstverständnis und wahrgenommenes Meinungsklima«, in: Rehberg / Kunz / Schlinzig: *PEGIDA* aaO. (FN 1), S. 165–187.

52 Vgl. für die Künstlerinnen und Künstler: Karl-Siegbert Rehberg, »Vom Kulturfeudalismus zum Marktchaos? Funktionswandlungen der bildenden Künste nach dem Zusammenbruch des Staatssozialismus« in: Jürgen Schweinebraden Frhr. v. Wichmann-Eichhorn (Hg.), *Blick zurück im Zorn? Die Gegenwart der Vergangenheit*, Bd. 1. Niedenstein 1998, S. 195–223; man kann als Sinnverlierer aber auch viele der Lehrerinnen und Lehrer und andere Gruppen nennen.

der Wiedervereinigung« fühlen.⁵³ Es ist dies durchaus das Potential für einen ›Aufstand der Massen‹, wenn lange verborgen gebliebene Einstellungen und Meinungen wieder an die Oberfläche kommen. Elisabeth Noelle-Neumann hat diese Entriegelung bis dahin öffentlich tabuisierter Meinungen als »Schweigespirale«⁵⁴ bezeichnet, und bei PEGIDA hört man immer wieder die Selbstermächtigung: »Man wird es ja wohl noch sagen dürfen.«

2. *Selbstausslegungen der PEGIDA-»Spaziergänger«*

Der harte Kern der Demonstrierenden, aber auch viele der Mitlaufenden oder Neugierigen fanden im Schutz der kollektiven Empörung einen Artikulations- oder wenigstens einen Akklamationsraum für dieses Unbehagen an den Verhältnissen. Hier traf man auch auf eine Kapitalismus-, besonders Globalisierungskritik von rechts und alle möglichen Apelle, neben dem Protest gegen das Freihandelsabkommen TTIP sowie die Forderung nach einem Stopp der »Kriegstreiberei« gegen Russland, mit dem als einer Großmacht die DDR einstmals eng verbunden gewesen war. Auch gibt es groteske Angstmotive bis hin zu der Forderung, dass die Dresdner Frauenkirche nicht in eine Moschee umgewandelt werden dürfe oder die verzweifelte Präferenzierung von Bratwürsten gegenüber Dönern. Auch zeigt sich als einsame, die neue Weltlage jedoch spiegelnde Forderung: »Ami go home«.

Am intensivsten konnte man derlei Selbstausslegungen von Teilnehmern an den rechtspopulistischen Demonstrationen (die schon im Januar 2015 ausgeschiedene Kathrin Oertel stolz: »Wir sind alle rechts«, das heiße »weder radikal zu sein«, noch »Steine zu schmeißen wie die Linksextremisten«⁵⁵) in der Sächsischen Landesszentrale für politische Bildung beobachten. Deren damaliger Direktor, Frank Richter, wurde oft kritisiert dafür, dass er den selbsternannten Patrioten immer wieder diese Plattform eingeräumt habe. Die FAZ nannte ihn – in einem vollständig unzutreffenden Bericht über die Anwesenheit des Vizekanzlers Sigmar Gabriel – »durch und durch mediationsgläubig«.⁵⁶ In den zahlreichen *Fishbowl*-Debatten, die an strenge Regeln, z.B. des Unterlassens von Beifalls- oder Ablehnungsbekundungen, gebunden waren, konnte es gar nicht um Mediation, d.h. um eine abwägende Ausgleichung von gegeneinander stehenden Interessen und Positionen, gehen. Lediglich – aber das war in dieser Situation nicht wenig – wurde ›der Pfropfen aus der Flasche gezogen‹, wurden Motive und Beschwernisse hörbar und sichtbar, dabei aber auch fast durchgängig unüberwindliche

53 Deutschlandfunk, *Jeder vierte Ostdeutsche sieht sich als Wende-Verlierer* [Notiz zu den Sendungen zum Tag der Einheit am 3.10.2014]. (http://www.deutschlandfunk.de/wiedervereinigung-jeder-vierte-ostdeutsche-sieht-sich-als.1818.de.html?dram:article_id=299328 [30.6.2016]).

54 Vgl. Elisabeth Noelle-Neumann, »Die Schweigespirale« in: Ernst Forsthoff / Reinhard Hörstel (Hg.): *Standorte im Zeitstrom. Festschrift für Arnold Gehlen zum 70. Geburtstag am 29. Januar 1974*, Frankfurt a.M. 1974, S. 299–330.

55 Vgl. PEGIDA-Rede am 15.12.2014.

56 Vgl. Christian Geyer, »Sigmar Gabriels PEGIDA-Sprechstunde« in: *FAZ* v. 26.1.2015.

Ressentiments und eine nur mühsam unterdrückte Wut. Um nur ein Beispiel zu nennen: Im Januar 2015 wurde in einem dieser Meinungsforen das Thema eines unüberbrückbaren Abstandes der sich bequem selbstisolierenden »politischen Klasse« zur (>realen<) Bevölkerung zum leitenden Thema.⁵⁷ Zum einen wurde betont, was auch bei den Demonstrationen mit Empörung vorgetragen wurde, dass die Politiker den Kontakt zum Volk noch mehr verloren hätten als einst die DDR-Oberen. Das wurde dadurch belegt, dass man in der DDR auf eine Eingabe oder Beschwerde in neunzehn Tagen (bei Petitionen laut § 7 des Eingabengesetzes der DDR innerhalb von vier Wochen) eine Antwort erhalten sollte, während ähnliche Interventionen heute ohne jede Reaktion blieben. Dabei wurde deutlich, dass man damals – wie in den Zeiten der französischen »absoluten« Monarchie – oft an »den König«, also an den Staatsratsvorsitzenden etc. etc. Erich Honecker schrieb.⁵⁸ Wenn auch nicht in Zwei-Wochen-Frist, konnte man immer mit einer Antwort rechnen. Oft waren dies abschlägige Bescheide, wie mir einige der Sprecher bestätigten: »Aber man hörte wenigstens etwas!« Heute schreibe man an den Bundespräsidenten oder andere wichtige Repräsentanten des bundesrepublikanischen Polit-Systems – und bleibe gänzlich ungehört.

In den vielen Foren, in denen PEGIDA-Verteidiger sich äußerten, geschah Ähnliches, dominierten diejenigen, die Ängste und düsterste Prognosen für das eigene Land mit den bereits geschilderten Enttäuschungen der Entwicklung seit 1990 verbanden. Dabei war durchaus auch manches plausible Argument zu hören. Und wenn man dann darnach fragte, warum jemand, der nachvollziehbare Sorgen und nicht selten bildungsbürgerliche Ängste vor einem kulturellen Niedergang äußerte, ausgerechnet zu Versammlungen gehe, in denen ein aggressiver Primitivismus ungebremsten Beifall findet (wenn etwa von der »Fotze von der Linken« gesprochen wird oder von den Grünen als von einer »Kinderfickerpartei«), dann hieß die Antwort allemal: »Es gibt ja keinen anderen Ort, an dem man eine wirklich abweichende und deshalb mutige Meinung zur Wirkung bringen kann«. Die Meinungsfreiheit werde eben von der pluralistisch sich gebenden Parteienherrschaft verhindert, etwa von den Grünen, welche ihre eigene Intoleranz auf PEGIDA projizierten.⁵⁹ Übrigens sind dies nicht die einzigen abstoßenden Beweise für eine kulturelle »Primitivisierung« in einem Lande, das sich einstmals als eines der »Dichter und Denker« imaginierte. Verbale Verrohungen sind allgegenwärtig, man denke nur an die das politische Kabarett abgelöst habenden Satire- und Comedy-Shows und deren Massenpublikum, von Schlimmerem, vor allem in den pri-

57 Milovan Djilas hatte diese politischen Verfügungsgruppen im kommunistischen Jugoslawien scharf kritisiert; vgl. ders., *Die neue Klasse. Eine Analyse des kommunistischen Systems*, München 1957.

58 So sollten etwa die *Cahiers de Doléances* (Beschwerdehefte, von denen noch ca. 60.000 erhalten sind) es den Abgeordneten in der von Ludwig XVI. am 24. Januar 1789 einberufenen Generalversammlung der Stände ermöglichen, die Bedrängnisse und Wünsche der Bürger vorzutragen.

59 Vgl. Tatjana Festerling, PEGIDA-Rede in Dresden am 9.3.2015 [Videodatei], <https://www.youtube.com/watch?v=KjbLbLhGN3E> [16.3.2016].

vaten Fernsehanstalten, ganz zu schweigen. Und zugleich erlebt man eine Übersensibilisierung und die schon erwähnte Kontrolle eines »korrekten« Sprechens.

Warum aber die vielen enttäuschten Äußerungen eines Missbehagens – gerade auch bei PEGIDA? Der ungarische Soziologe György Konrád sprach aus eigener Erfahrung von einer »Melancholie der Wiedergeburt«. Ein Systemumbruch, so meinte er, sei »notwendig desillusionierend«, weil er mit Erlösungserwartungen überladen sei. Alles muss besser werden, wenn das alte System zusammengebrochen sein wird: »Unter der Diktatur waren wir überzeugt davon, dass sogar die Farbe der Blätter an den Bäumen unterschiedlich sein würde, wenn dieses Regime einmal nicht mehr existieren sollte.«⁶⁰ Früher waren die Menschen der Stagnation müde, jetzt beängstigt sie der Wandel.

Die Lehre, die aus alledem gezogen werden kann, ist es, dass der Niedergang eines Systems für sich genommen ein neues noch nicht zu legitimieren vermag. Die hier geschilderten Verunsicherungen, Kommunikations- und Orientierungsschwierigkeiten sind Schmerzen und Sorgen einer bis in die existenzielle Tiefe greifenden gesellschaftlichen Umformung, verbunden durchaus auch mit der Verarbeitung der Vergangenheit, also »Trauerarbeit«. Für die Langzeitentwicklung wird das aber nicht entscheidend sein, auch nicht im Fall der deutschen Vereinigung, die dem Umsturz im Osten folgte, welcher, wie Charles Tilly meinte, »wirklich eine Revolution« war – aber, wie ich hinzufügen will: gerade *keine* national oder gar nationalistisch isolierte.⁶¹

Zusammenfassung

Ausgehend von den neuesten Entwicklungen seit dem Brexit am 23. Juni 2016 und dem Erfolg Donald Trumps bei der Wahl zum amerikanischen Präsidenten, wird der Einfluss rechtspopulistischer Parteien und gleichgerichteter Demonstrationen in vielen Ländern Europas auf verbindende Grundzüge einer ressentimentalen Welt- und Situationsdeutung bezogen. Eine seit zwanzig Jahren zu beobachtende antipolitische Stimmung kulminierte im Jahr 2015 angesichts der vielen Flüchtlinge. Erörtert wird auch die für den Politikstil von Bundeskanzlerin Angela Merkel charakteristische Orientierung an Sachzwängen, welche politische Entscheidungen »alternativlos« erscheinen lassen. Vor diesem Hintergrund widmet sich der umfassendste Teil dieses Aufsatzes den PEGIDA-Demonstrationen, die 2014 in Dresden begannen und vor allem im darauffolgenden Jahr ständig größeren Zulauf und eine weltweite Medienresonanz fanden. Einer beobachtenden Beschreibung des Aufstiegs und der Stagnation der montaglichen »Spaziergänge« folgen analytische Reflexionen über mittelständische Krisenerfahrungen, vor allem aber über den Zusammenhang mit dem Zusammenbruch der DDR und dem ostdeutschen Transformationsprozess seit 1990. PEGIDA scheint ein Wiedergänger der Friedlichen Revolution zu sein, jedenfalls ergaben sich die großen Teilnehmer-

60 György Konrád, »Die Melancholie der Wiedergeburt« [zuerst 1990] in: ders., *Die Melancholie der Wiedergeburt*, Frankfurt a.M. 1992, S. 151–173, hier: 151.

61 Vgl. Charles Tilly, *Die europäischen Revolutionen* [engl. zuerst 1993], München 1993, S. 336ff.

zahlen durch den Zuspruch von Menschen, die sich als (zumindest »Sinn«-)Verlierer der »Wende« verstehen.

Summary

A starting point are the latest developments since the Brexit on 23rd June 2016, the success of Donald Trump in the American presidential election, the right-wing populist parties and similar demonstrations in many European countries. All this is related to resentimental worldviews and interpretation of actual situations. An antipolitic mood existing since twenty years, culminated in 2015 in the face of the high numbers of refugees. Also discussed is the orientation towards the political style of Chancellor Angela Merkel and her decisions »without alternative«. Against this backdrop, the most comprehensive part of this essay is devoted to the PEGIDA demonstrations, which began in Dresden in 2014. Especially during the following year it has some success by a large increase in participants and a worldwide media resonance. An observational description of the rise and stagnation of the »walks« follow analytical reflections on middle-class experiences of crisis, but above all the connection with the collapse of the GDR and the East German transformation process since 1990. PEGIDA interpretes itself as a comeback of the Peaceful Revolution. The majority of the participants are understood as people who mainly suffer under the lost of »sense« during the German Reunification process.

Karl-Siegbert Rehberg, Resentment »Policy«. PEGIDA Between Provincial Revolt and a World of Crises